

Der Wolfsangriff

Die widersprüchliche Attacke der SVP-Bauernvertreter **Franz Locher**, **Manfred Vallazza** und **Josef Noggler** gegen die Landesregierung.

SEITE 3



Unter Beschuss

Die **SVP-Bauern** werfen der **Landesregierung** im Kampf gegen den **Wolf Untätigkeit** vor. Wie LR Arnold Schuler auf die Querschüsse aus den eigenen Reihen reagiert.

von Matthias Kofler

Als Arnold Schuler beim Surfen im Internet auf die neueste Pressemitteilung seiner Fraktionskollegen stieß, traute er seinen Augen nicht. „Wenn etwas ausgemacht wurde, dann sollten sich alle daran halten“, ärgert sich der Landwirtschaftslandesrat.

Um 9:57 Uhr verschickten die SVP-Bauern Sepp Noggler, Franz Locher und Manfred Vallazza gestern über den Verteiler der Landtagsfraktion ein Kommuniqué, in dem sie harsche Kritik an der Landesregierung üben. Anlass sind die vermehrten Risse durch Wölfe, die laut Noggler und Co. bei den betroffenen Bauern und Tierzüchtern zu großem Unverständnis, Unmut und Ärger führten. Der Tenor der Pressemitteilung: „Obwohl der Landtag vor zwei Monaten ein Gesetz zu Weideschutzgebieten und zu Maßnahmen zur Entnahme von Wölfen genehmigt hat und in der Nachbarprovinz Trient bereits erste Abschüsse mittels Verordnung freigegeben wurden, passiert in Südtirol nichts.“

Harter Tobak!

Der Vinschger SVP-Abgeordnete und langjährige Schuler-Verbündete Sepp Noggler geht mit der Landesregierung (und mit dem zuständigen Landesrat) besonders hart ins Gericht: „Es muss endlich etwas geschehen. Wir können nicht weiter zuschauen.“ Er erinnert daran, dass der Trentiner LH Maurizio Fugatti (Lega) erst kürzlich die ersten Abschüsse von Problemwölfen freigegeben habe – und dies mit dem Plazet der ISPRA (Höhere Anstalt für Umweltschutz und Forschung). Auch das Verwaltungsgericht Trient habe Rekurse von Tierschutzvereinen abgelehnt. Südtirol sollte aus Sicht der SVP-Bauern dem Trentiner Beispiel folgen. Mit dem neuen Wolf-Gesetz wird der Landeshauptmann ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen gezielte Maßnahmen zur Entnahme von Problemwölfen zu ergreifen, auch im Dringlichkeitswege. „Auch wenn die entsprechenden Durchführungsbestimmungen in Südtirol noch nicht erlassen worden sind, können nicht nur in Trient, sondern auch in unserem Land unter Einhaltung der vorgeschriebenen Vorgehensweise Abschüsse getätigt werden. Die Zeit ist mehr als überreif. So kann es und darf es nicht mehr weitergehen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, die neuen gesetzlichen Mög-



Foto: Symbolfoto (© 123RF.com)

lichkeiten endlich zu nutzen. Irgendwann ist einfach genug“, wettern der Sarner Locher und der Gadertaler Vallazza. Landesrat Schuler zeigt sich über die Querschüsse aus den eigenen Reihen mehr als verwundert. Die Landesregierung verfolge im Kampf gegen den Wolf genau jene Strategie, die man mit dem Bauerbund vereinbart habe, betont der Burggräfler SVP-Politiker. Das heißt: Man wartet die Entscheidung der römischen Regierung ab,

„Auch der Bauernbund ist der Auffassung, dass wir in dieser Phase die Regierung in Rom möglichst nicht zu einem Einspruch provozieren sollten.“

Arnold Schuler

die voraussichtlich noch in dieser Woche über eine etwaige Anfechtung des Südtiroler Wolf-Gesetzes befindet. Gleichzeitig arbeitet man die erforderliche Durchführungsverordnung aus, um Maßnahmen gegen das Großraubwild setzen zu können. „Auch der Bauernbund ist der Auffassung, dass wir in dieser Phase die Regierung in Rom möglichst nicht zu einem Einspruch provozieren sollten“, erklärt der Landesrat.

Brisant: Beim gemeinsamen Mittagessen von Schuler mit der SBB-Spitze und der anschließenden Sitzung des Landesbauern-

Wolf, Arnold Schuler gegen Sepp Noggler: Wer hält sich nicht an Abmachung?

rats, auf der die Marschrichtung festgelegt wurde, waren auch die drei SVP-Bauern anwesend, die dem Landesrat jetzt Untätigkeit vorwerfen. „Deshalb wundert mich diese Pressemitteilung doppelt und dreifach“, sagt Schuler; fügt aber gleich hinzu: „In der Politik, besonders in Wahlkampfzeiten, darf dich eigentlich nichts mehr wundern.“



der und zwei Esel gerissen wurden, der Fall ist. Zweitens muss der gute Erhaltungszustand des Wolfes aufrecht bleiben. Im Trentiner Fall ist dieser mit der Entnahme von zwei Problem-Wölfen nicht gefährdet. Und drittens müssen aktiv Herdenschutzmaßnahmen angewandt werden. Im Trentino haben die beiden Wölfe, die jetzt zum Abschuss freigegeben wurden, die Zäune überwunden, weshalb das ISPRA die Entnahme als verhältnismäßig eingestuft hat. „Wir in Südtirol haben, was die Herdenschutzmaßnahmen betrifft, hingegen wenig vorzuweisen. Deshalb gehen wir den Zusatzweg, indem wir Zonen ausweisen, in denen Herdenschutzmaßnahmen schlichtweg nicht umsetzbar sind“, erklärt Schuler. Die Landesregierung jedenfalls werde ihren Weg trotz der politischen und medialen Querschüsse unbeirrt weitergehen.